

1. Die **Heimkosten** in Nordrhein-Westfalen sind die höchsten im Bundesgebiet. Welche konkreten Maßnahmen plant Ihre Partei, die Kosten für die stationäre Pflege spürbar zu deckeln? Haben Sie alternative Finanzierungsmodelle?

Wir setzen uns dafür ein, dass die Kosten in der stationären Pflege nicht weiter steigen. Es fallen Investitionskosten und Eigenanteile in der stationären Pflege an. Diese sind ein großer und vor allem steigender Kostenfaktor für Pflegeheimbewohnerinnen und -bewohner. Wir setzen uns für eine öffentliche Förderung der Einrichtungen ein, um die Investitionskosten zu mindern und Pflegeheimbewohnende so finanziell zu entlasten. Gleichzeitig machen wir uns im Bund für eine Deckelung der Eigenanteile stark.

2. Nordrhein-Westfalen ist das am dichtesten besiedelte Bundesland. Ende 2019 lebten mehr als 5 Mio. Menschen im Alter von 60 Jahren und mehr in NRW. Welche Aussagen macht ihre Partei zur **Quartiersentwicklung für die ältere Generation** und wie plant ihre Partei die Menschen in den stationären Einrichtungen mit einzubeziehen?

Wir wollen attraktive Lebensbedingungen für alle Menschen schaffen – von guten Nahverkehrsmöglichkeiten über ärztliche Versorgung bis hin zu guten Pflegeangeboten – , die gerade in den ländlichen Räumen Nordrhein-Westfalens dringend gebraucht werden.

Insbesondere werden wir die Kommunen dabei unterstützen, die Lebensqualität älterer Menschen zu verbessern. Kommunale Vertretungen von Seniorinnen und Senioren sowie Teilhabe- und Lernmöglichkeiten älterer Menschen werden wir weiter stärken. Dabei ist die Generationensolidarität elementar für den sozialen Zusammenhalt der Gesellschaft.

Dafür wollen wir die Städtebauförderung neu aufstellen, damit nicht nur in Steine, sondern auch in gute Konzepte für die Menschen investiert werden kann.

3. Im Dezember 2019 galten in Nordrhein-Westfalen 965 000 Menschen im Sinne des Pflegeversicherungsgesetzes SGB XI als pflegebedürftig. Das waren 25% mehr als 2 Jahre zuvor. Die Tendenz ist weiterhin steigend, jedoch immer weniger Menschen entscheiden sich für ein Berufsleben im Pflegebereich. Der Kreis Soest ist beispielsweise Modellregion des Bundesförderprojekts swfg.medPULS. Welche Aussagen macht Ihre Partei bezüglich **digitaler Landesprojekte** und wie können die Menschen in stationären Einrichtungen davon profitieren?

Wir wollen ein Investitionsprogramm in Höhe von 3 Milliarden Euro auflegen: "Zukunftsprogramm Digitalisierung im Gesundheits- und Pflegebereich".

Wir wollen, dass auch Menschen mit Unterstützungsbedarf von den Möglichkeiten der Digitalisierung profitieren können. Dazu wollen wir die Entwicklung unterstützender digitaler Instrumente fördern, die speziell Seniorinnen und Senioren sowie pflegebedürftigen Menschen dienen und ihren Alltag erleichtern. Digitalisierung in Pflegeheimen heißt zum Beispiel das Zusammenwirken von Pflegepatientin bzw. Pflegepatient, qualifizierter Pflegekraft im Heim und Arzt ohne Notwendigkeit von Transporten und des damit verbundenen Verlassens der vertrauten Umgebung. Als Nebeneffekt wertet es die Tätigkeit der Pflegekräfte deutlich auf.

4. Welche Maßnahmen ergreift Ihre Partei, um eine Gesamtstrategie gegen **Gewalt an Frauen und Mädchen** zeitnah umzusetzen? Welche Initiativen für eine Finanzierung eines flächendeckenden Hilfesystems werden vorangetrieben? Wie lauten die Schritte zum **Schutz vor digitaler Gewalt** und zum **Schutz für geflüchtete Frauen und Kinder**?

Gewalt, insbesondere gegen Frauen und Mädchen ist für uns nicht akzeptabel. Deswegen werden wir einen Landesaktionsplan ins Leben rufen, der sich flächendeckend mit den Hilfs-, Beratungs- und Präventionsangeboten, unter Berücksichtigung der Bedürfnisse der Zielgruppe, beschäftigt (Istanbul-Konvention).

Frauen und Mädchen, die Gewalt erfahren, brauchen unsere Hilfe. Wir fordern einen Rechtsanspruch zur kostenlosen Aufnahme und Unterbringung aller schutzbedürftigen Frauen und Mädchen. Deshalb werden wir Geld in die Hand nehmen, um das Frauen- und Mädchenhilfesystem, insbesondere die Frauenhäuser, aber auch die Beratungsstellen gegen Zwangsheirat sowie den Runden Tisch gegen Beschneidungen von Mädchen, auszubauen.

Auch Cyber-Mobbing ist Gewalt. Deshalb ist es für uns selbstverständlich, dass die Beratungs- und Hilfesysteme auch bei dieser Form der Gewalt angepasst und ausgebaut werden müssen.

5. **Und** - zusätzlich unter dem Aspekt des Krieges und von Flucht und Asyl - wie können die Forderungen des „Bundesweiten Koordinierungskreises gegen Menschenhandel e.V.“ (KOK) in NRW Umsetzung finden? Inwieweit setzt sich Ihre Partei ein für die Umsetzung der internationalen Übereinkommen Deutschlands beim Thema **Menschenhandel**? Welche Definitionen und entsprechende Maßnahmen von Menschenhandel, Schleusung, Menschenschmuggel und Prostitution liegen in Ihrer Partei vor und welche Maßnahmen werden entsprechend befürwortet?

Die psychosoziale Beratung für Frauen werden wir langfristig sichern und barrierefrei ausbauen, ebenso wie Frauenberatung, Frauenhäuser, Mädchenberatung, Beratung für Prostituierte und Opfer von Menschenhandel.

Die SPD will den Menschenhandel energisch bekämpfen. Dazu setzen wir auf professionelle und gut geschulte Polizistinnen und Polizisten. Außerdem wollen wir erreichen, dass unsere Ermittlungsbehörden auf „Augenhöhe“ mit technisch oftmals gut ausgerüsteten Kriminellen stehen, um gegen diese wirkungsvoll vorgehen zu können. Die internationale Zusammenarbeit muss hier dringend weiter ausgebaut werden. Internationale Übereinkommen müssen umgesetzt werden. Wir wollen das sogenannte „Dunkelfeld“ erhellen, denn bei der Kriminalitätsentwicklung liegen in zu vielen Bereichen – zum Beispiel bei der organisierten Kriminalität, bei Sexualdelikten oder bei der häuslichen Gewalt – nur unzureichende Daten vor. Die jährliche polizeiliche Kriminalstatistik gibt nur einen Teilaspekt der Kriminalitätsslage wieder. Um ein vollständiges Bild über die Kriminalitätsentwicklung zu erlangen und um die Maßnahmen zur Kriminalitätsbekämpfung künftig gezielter auszurichten und zu verbessern, werden wir deshalb einen regelmäßigen Periodischen Sicherheitsbericht erstellen lassen

6. *Eine wichtige Frage zum Thema „**Versorgung von minderjährigen Opfern von Gewalttaten als Regelversorgung**: „Lügde, Mönchengladbach und Staufeu haben gezeigt, dass unsere Gesellschaft hinsichtlich des Kinderschutzes und der Missbrauchs- und Misshandlungsprävention und hier insbesondere auch der Zusammenarbeit verschiedener Dienste und Institutionen noch weit entfernt ist von einem effektiven Kinderschutz. Wir begrüßen, dass die Bundesregierung das Soziale Entschädigungsrecht grundlegend reformiert und Initiativen zur besseren Versorgung von Kindern in Einrichtungen ergriffen hat. Wir begrüßen die Einrichtung von präventiven Modellvorhaben.“ (Auszug Wahlprüfsteine Ev. Frauenhilfe in Westfalen e.V., Bundestagswahl 2021, Homepage)*

Welchen Stellenwert hat Prävention - gesamtgesellschaftlich und in allen Bereichen der Sozialgesetzgebung - für Ihre Partei?

Damit jedes Kind sein volles Potenzial entfalten kann, schaffen wir einen Anspruch auf einen Bildungslotsen ab der Geburt. Eine Person, die mit Rat und Tat zur Seite steht, um das Erreichen der eigenen Ziele zu unterstützen. Ein zufriedenes Leben für jedes Kind ist unser Maßstab. Wir werden Kommunen auch weiterhin dabei unterstützen, kommunale Präventionsketten auf- und auszubauen und eine kommunale Gesamtstrategie mit Blick auf das Wohlergehen aller Kinder, Jugendlichen und Familien zu entwickeln. Denn hierin sehen wir eine Voraussetzung dafür, dass die verschiedenen Systeme wie Jugendhilfe, Schulen oder Soziales zusammenarbeiten und Familien frühzeitig erreichen.

Kinder haben unseren Schutz verdient. Deshalb sorgen wir für einheitliche Strukturen für den Kinderschutz. Jugendämter werden landesweit gleich ausgestattet sein. Die Zusammenarbeit zwischen Behörden wird einheitlich geregelt und der Kinderschutz wird fester Bestandteil bei Aus- und Fortbildungen in entsprechenden Berufsgruppen. Das ist ein großer Wurf für besseren Kinderschutz.

Wir wollen die gesamtgesellschaftliche Bedeutung des Kinderschutzes abbilden und uns dabei deutlich von einer Fokussierung allein auf die Jugendhilfe distanzieren. Dazu gehört auch die gemeinsame Entwicklung von Schutzkonzepten mit den Kindern und Jugendlichen in den Einrichtungen und Bildungsinstitutionen. Das wollen wir in einem Kinderschutzgesetz fortlaufend weiterentwickeln.

Prävention kann aber nur etwas bewirken, wenn man Themen enttabuisiert und eine gemeinsame Sprache findet, dies ist besonders in Fragen des Kinderschutzes wesentlich. Kinderschutz ist für uns eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe.

Und - auch in diesem Bereich ergänzend unter dem Aspekt des Krieges - welche Maßnahmen erwägt Ihre Partei kriegs- und fluchttraumatisierten Kindern und Jugendlichen gegenüber?

Kinder und Familien haben vor und während der Flucht aus dem Kriegsgebiet teilweise traumatische Erlebnisse gehabt, bei deren Aufarbeitung sie aktiv unterstützt werden müssen. Auch die Brückenprojekte und Regeleinrichtungen brauchen im Umgang mit jungen Geflüchteten und Familien zusätzliche Unterstützung. Das Land soll den Einsatz von Traumapädagogen und Traumapädagoginnen, Psychologen und Psychologinnen und ggf. seelsorgerische Tätigkeiten finanziell unterstützen.

Wir wollen, dass Kindern schnell die Möglichkeit gegeben wird, an frühkindlicher Bildung teilzunehmen und Angebote der Kinder- und Jugendhilfe und der Jugendverbandsarbeit zu besuchen. Das wird am Anfang nicht immer und überall das Regelsystem sein können, aber wir werden uns dafür einsetzen, dass qualifizierte Angebote gemacht werden und die Kinder frühkindliche Bildung erfahren. Wir wollen auch die Fachkräfte aus der Ukraine für die Arbeit in den Einrichtungen in NRW gewinnen. Die Ausbildung in der Ukraine ist sehr differenziert, die Anerkennung der Abschlüsse muss möglich gemacht werden. Zusätzliche Mittel müssen aber nicht nur in der frühkindlichen Bildung zur Verfügung gestellt werden, sondern allgemein in der Arbeit der Kinder- und Jugendhilfe. Speziell die Titelgruppe 68 und auch für Projekte im Kinder- und Jugendförderplan.

Wir wissen, dass die gemeinsame Zeit mit anderen Kindern und Jugendlichen wichtig für die Entwicklung und Integration ist. Dadurch können die Kinder und Jugendlichen einen neuen Alltag bekommen.

7. Auch gilt es **Bildungsrückstände für benachteiligte Kinder** zu verringern. In Anbetracht des Krieges und der geflüchteten Kinder und Jugendlichen gilt es darüber hinaus Sprachbarrieren zu beseitigen und somit den Zugang zu Bildung zu ermöglichen. Welche Initiativen im Bildungswesen plant Ihre Partei für die **Aufhebung von Benachteiligungen aller Kinder und Jugendlichen?**

Alle Kinder verdienen, unabhängig von ihrer familiären Herkunft oder ihrer Postleitzahl, auf ihrem Bildungsweg Unterstützung dabei, ihren individuellen Weg zu finden, ob mit oder ohne Umweg. Das gilt erst recht für Menschen mit Behinderungen. Da, wo Kinder nicht fit genug sind, verdienen sie Unterstützung, um den Anschluss nicht zu verlieren. Und da, wo sie besonders fit sind, und besondere Talente haben, müssen sie gefördert werden, damit diese Talente nicht verloren gehen. Jedes Kind ist ein Individuum und jedes Kind verdient, dass wir all seine Facetten betrachten und das Bildungssystem an seinen individuellen Bedürfnissen ausrichten. Wir werden allen Kindern ein Sprungbrett für ihr Leben bauen und gleichzeitig ein Sprungtuch spannen, damit sie aufgefangen werden.

Viel in der Bildung entscheidet sich in der Familie, und deshalb wollen wir Bildung ganzheitlicher angehen. Das an Kitas erfolgreiche Konzept der Familienzentren wollen wir auch an Schulen aufbauen und ausbauen. Dort sollen alle Angebote der Familienbildung und alle Unterstützungsprogramme gebündelt werden. Das erleichtert es Eltern, den Bildungserfolg ihrer Kinder zu unterstützen.

Damit jedes Kind sein volles Potenzial entfalten kann, schaffen wir einen Anspruch auf einen Bildungslotsen ab der Geburt. Eine Person, die mit Rat und Tat zur Seite steht, um das Erreichen der eigenen Ziele zu unterstützen. Ein zufriedenes Leben für jedes Kind ist unser Maßstab. Wir werden Kommunen auch weiterhin dabei unterstützen, kommunale Präventionsketten auf- und auszubauen und eine kommunale Gesamtstrategie mit Blick auf das Wohlergehen aller Kinder, Jugendlichen und Familien zu entwickeln. Denn hierin sehen wir eine Voraussetzung dafür, dass die verschiedenen Systeme wie Jugendhilfe, Schulen oder Soziales zusammenarbeiten und Familien frühzeitig erreichen.

Länder, die im Bildungsvergleich sehr erfolgreich und in der Familienpolitik sehr fortschrittlich sind, haben eines gemeinsam: Die Strategie, dass man in die kleinsten Kinder am meisten investiert. Das heißt, dass der Staat besonders viel Geld für die Unterstützungsleistungen für junge Familien bereitstellt. Gerade für junge Familien gibt es viele Herausforderungen, mit denen sie so nicht allein gelassen werden.

Die ersten Lebensjahre sind für die Entwicklung eines Menschen besonders wichtig. Was in diesen frühen Jahren nicht gefördert wird, kann in der Schule nur mit einem hohen Ressourcenaufwand wieder aufgeholt werden. Bildung, und somit Chancengleichheit, beginnt also schon in der frühkindlichen Bildung.

Damit wir allen Kindern schon in frühen Lebensjahren einen An Schub für ein gelingendes Leben geben, braucht es den Ausbau von Frühförderstellen sowie ein Gesetz für die frühkindliche Bildung, das die Finanzierung von Kitas und Kindertagespflege sowie einen verbesserten Kind-Fachkraft-Schlüssel beinhaltet. Bisherige Erfahrungen haben gezeigt, dass Alltagshelferinnen und -helfer für nichtpädagogische Aufgaben in der Kita eine wichtige Unterstützung sind und Mitarbeitende aus anderen Professionen für die Entwicklung der Kinder förderlich sind. Kinder, deren Elternhäuser dies nicht leisten können, erhalten nachhaltige Unterstützung bei der Sprachbildung. Daher muss der derzeitige Sozialindex so weiterentwickelt werden, dass es in Kitas, in denen besonders viel Unterstützungsbedarf besteht, mehr Personal gibt.

Eltern fragen sich, wie sie ihre Kinder bestmöglich fördern können, und suchen nach passenden Antworten. Deshalb wollen wir gute Familienbildung in Nordrhein-Westfalen weiter ausbauen.

8. Wir fordern, dass Sie sich konsequent für eine **menschenrechtsgeleitete Politik** einsetzen. Inwieweit engagiert sich Ihre Partei für eine menschenrechtsgeleitete Politik und setzt sich für eine konsequente Umsetzung der Forderungen ein? Und in Bezug auf die unfassbare Kriegs- und Flüchtlingstragödie: **Frieden** braucht Ihr Engagement – was werden Sie dafür tun?

Wir wollen die innere und soziale Einheit Deutschlands auch wirtschaftlich vollenden und gleichwertige Lebensverhältnisse im ganzen Land schaffen. Die Gestaltung der Arbeitswelt bleibt eine der wichtigsten Aufgaben der Sozialdemokratie. Dazu gehört die Sicherstellung guter, fairer Arbeitsbedingungen und Löhne, die Unterstützung der Vereinbarkeit mit Sorgetätigkeit, die Förderung von Sozialpartnerschaft und Tarifbindung, Vollbeschäftigung und sozialem Aufstieg.

Wir fördern die Teilhabe des Einzelnen, unabhängig von Einkommen. Wir bieten gleiche Lebenschancen für alle Menschen in Nordrhein-Westfalen, unabhängig von Geschlecht, Herkunft, sexueller Orientierung oder des Glaubens. Denn ein demokratischer Rechtsstaat muss wehrhaft sein! Er hat nicht nur das Recht, sondern auch die Pflicht, sich und die mit ihm verbundenen Werte zu schützen und sich Verfassungsfeinden jedweder Richtung energisch entgegenzustellen.

Wir begrüßen daher, dass sich der Bund für die Angleichung der Regelungen für den Familiennachzug zu subsidiär Schutzberechtigten an die Regelung für Flüchtlinge einsetzt, und werden dies auch für den Geschwisternachzug bei unbegleiteten, minderjährigen Flüchtlingen unterstützen. Gut integrierte Geflüchtete, die ihren Lebensunterhalt selbst bestreiten, sollen schneller einen rechtssicheren Aufenthaltsstatus erhalten. Wir werden zusammen mit der Bundesebene ihre Einbürgerungsmöglichkeiten erleichtern und Kettenduldungen vermeiden.